

Inhalt

Einleitung: Die Rückzahlungsklausel für Fortbildungskosten als Spiegel einer kontroversen Rechtsprechungsentwicklung	1
Erstes Kapitel: Thematische Einführung – Die Fortbildungsvereinbarung mit Rückzahlungsklausel	7
A. Grundlagen der Fortbildungsvereinbarung mit Rückzahlungsklausel	9
I. Inhalt der Fortbildungsvereinbarung	10
1. Pflichten des Arbeitgebers aus dem Fortbildungsverhältnis	10
2. Pflichten des Fortzubildenden aus dem Fortbildungsverhältnis	11
II. Die Rückzahlungsklausel als Voraussetzung der arbeitgeberseitigen Fortbildungsfinanzierung	11
B. Die Interessenpolarität von Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Lichte ihrer verfassungsrechtlichen Positionen	15
C. Die Rückzahlungsklausel als primäres Mittel zur Investitionssicherung	18
D. Die Problematik der gerichtlichen Beurteilung von Rückzahlungsklauseln für Fortbildungskosten	25
E. Anspruch der Arbeit und Gang der Untersuchung	30
Zweites Kapitel: Rechtsprechungsgenese und aktuelle Probleme im Bereich von Rückzahlungsklauseln für Fortbildungskosten	31
A. Das Rechtsprechungsfundament zur Zulässigkeit von Rückzahlungsklauseln für Fortbildungskosten	31
I. Dogmatische Begründung eines gerichtlichen Eingriffs in die Vertragsfreiheit	31
1. Unmittelbare Drittwirkung der widerstreitenden Grundrechte von Arbeitnehmer und Arbeitgeber – dogmatischer Alleingang des BAG	32
2. Neues Begründungsfundament – Die Übertragung der Bürgschaftsentscheidung des Bundesverfassungsgerichts auf die Inhaltskontrolle im Arbeitsrecht	35
3. Weitere Ansätze zur Rechtfertigung einer Inhaltskontrolle durch die Gerichte	38
II. Die Zumutbarkeitsformel des Bundesarbeitsgerichts als stete Richtschnur der Rechtsprechung	41

Inhalt

1.	Inhaltskontrolle am Maßstab von Treu und Glauben	42
a)	Bestehen einer Rückforderungsmöglichkeit für den Arbeitgeber	43
aa)	Berechtigtes und zu billigendes Arbeitgeberinteresse	43
bb)	Zumutbarkeit einer Rückzahlungspflicht für den Arbeitnehmer	45
(1)	Kompensation der Beschränkung der Arbeitsplatzwahl	45
(2)	Beruflicher Vorteil auf Seiten des Arbeitnehmers	47
(3)	Vertragliche Pflicht zur Fortbildung und Monopolstellung des Arbeitgebers	49
(4)	Zeitpunkt der Vereinbarung	50
b)	Anforderungen an die Ausgestaltung einer Rückzahlungsklausel	51
aa)	Zumutbare Bindungsintensität	52
(1)	Angemessener Bindungszeitraum	52
(2)	Angemessene Rückzahlungslast	57
bb)	Die Modalitäten der Rückzahlungspflicht	60
cc)	Die eine Rückzahlungspflicht auslösenden Tatbestände	60
(1)	Ausscheiden des Arbeitnehmers auf eigene Veranlassung	61
(2)	Arbeitgeberseitige Kündigung des Arbeitsverhältnisses	63
(3)	Nichterreichen des Fortbildungsziels	64

Inhalt

c)	Durchsetzbarkeit der Rückzahlungsklausel im Einzelfall	65
2.	Rechtsfolgen unangemessener Rückzahlungsvereinbarungen	66
III.	Der Status quo ante – Die Rechtsprechung vor der Schuldrechtsnovelle	68
1.	Gestaltung statt Veränderung auf Tatbestandsebene	68
2.	Ergebniskorrektur und fehlende dogmatische Anknüpfung auf Rechtsfolgenebene	74
a)	Dogmatische Anbindung der gerichtlichen Korrektur quantitativ übermäßiger Klauseln	75
b)	Variierendes Rechtsfolgenverständnis bei der geltungserhaltenden Reduktion	77
c)	Einseitige Vertragshilfe und mangelnder Parteiwille bei Rückführung der Klauseln	79
d)	Verbot der geltungserhaltenden Reduktion auch außerhalb des AGB-Rechts	82
e)	Notwendigkeit einseitiger Vertragshilfe	83
3.	Fazit: Große Einzelfallgerechtigkeit – hohe Rechtsunsicherheit – allgemeine Zufriedenheit	83
IV.	Die Schuldrechtsnovelle – Das Ende der bisherigen Rechtsprechungspraxis oder Renaissance in neuem Gewand?	86
V.	Weiterer Gang der Untersuchung	95
B.	Die Zulässigkeit von Rückzahlungsklauseln für Fortbildungskosten nach der Schuldrechtsnovelle: Neue Rechtsprechung – alte Probleme	96
I.	Rückzahlungsklauseln für Fortbildungskosten im Anwendungsbereich der §§ 305 ff. BGB	96
II.	Vorliegen von AGB nach § 305 Abs. 1 BGB	97
III.	Rückzahlungsklauseln als Teil der Fortbildungsvereinbarung – Einbeziehungskontrolle	98
IV.	Die Inhaltskontrolle von Rückzahlungsklauseln	98
1.	Kontrollfreiheit von Rückzahlungsklauseln für Fortbildungskosten nach § 307 Abs. 3 BGB?	98
2.	Angemessenheit von Rückzahlungsklauseln für Fortbildungskosten nach § 307 Abs. 1 S. 1 BGB	102

Inhalt

3.	Die Transparenzkontrolle nach § 307 Abs. 1 S. 2 BGB	107
V.	Die Rechtsfolgenebene im AGB-System	110
VI.	Rechtsprechungsänderungen bei der Beurteilung von Rückzahlungsklauseln für Fortbildungskosten – Konsequenz der Schuldrechtsnovelle oder Tendenz der Rechtsprechung?	116
VII.	Kritische Würdigung der dargestellten Rechtsprechungsentwicklung	120
VIII.	Umgang mit den zentralen Defiziten der „neuen“ Rechtsprechung zu Rückzahlungsklauseln für Fortbildungskosten	127
1.	Das Dilemma der aktuellen Rechtsprechung zu Rückzahlungsklauseln für Fortbildungskosten	127
2.	Handlungsbedarf bei der Beurteilung von Rückzahlungsklauseln für Fortbildungskosten	129
3.	Differenzierte Lösungen bezüglich Transparenz und quantitativen Übermaßes	129
a)	Förderung transparenter Klauseln auf Tatbestandsebene	130
b)	Korrektur quantitativ übermäßiger Klauseln auf Rechtsfolgenebene	134
4.	Keine partielle Rechtsfolgenkorrektur unter Billigkeitsgesichtspunkten	136
a)	Rechtsfolgenkorrektur nach der Gutgläubigkeit	137
b)	Rechtsfolgenkorrektur bei Rückwirkung von Rechtsprechung	141
IX.	Die verschiedenen in der Literatur geäußerten Ansätze zur Herbeiführung einer Rechtsfolgenkorrektur bei Rückzahlungsklauseln für Fortbildungskosten	143
1.	Die geltungserhaltende Reduktion quantitativ übermäßiger Rückzahlungsklauseln als „Besonderheit des Arbeitsrechts“ im Sinne des § 310 Abs. 4 S. 2 BGB	143
a)	§ 310 Abs. 4 S. 2 BGB als „Hintertür“ zur alten Rechtslage	145
b)	Besonderheiten des Arbeitsrechts als solchem	146
c)	Besonderheiten tatsächlicher oder rechtlicher Art im Bereich von	

Inhalt

	Rückzahlungsklauseln für Fortbildungskosten	149
2.	Teilunwirksamkeit quantitativ übermäßiger Rückzahlungsklauseln gemäß § 139 BGB	153
a)	Grundsätzliche Bedenken gegen die Heranziehung der Teilbarkeitsgrundsätze im Recht der AGB	154
b)	Bedenken gegen die quantitative Teilbarkeit einzelner AGB-Klauseln	154
3.	Die richterlich festgesetzten Höchstbindungsfristen als Richterrecht im Sinne des § 306 Abs. 2 BGB	156
4.	Anpassung der Fortbildungsvereinbarung wegen Fehlens der Geschäftsgrundlage nach § 313 Abs. 2 BGB bei unwirksamer Rückzahlungsklausel	160
X.	Stellungnahme und weiterer Gang der Untersuchung	164
	Drittes Kapitel: Die neuralgischen Punkte der Rechtsfolgenproblematik bei Rückzahlungsklauseln für Fortbildungskosten	167
A.	Die Abkehr des BAG von einer grundsätzlichen Billigung richterlicher Vertragsergänzung im Bereich Allgemeiner Geschäftsbedingungen	168
I.	Rechtsfolgenkorrektur im AGB-Recht – die ergänzende Vertragsauslegung in der BGH-Rechtsprechung seit dem zweiten Tagespreisklauselurteil	168
II.	Die BAG-Rechtsprechung im Bereich richterlicher Vertragskorrektur	172
III.	Heterogene Senatsrechtsprechung am BGH	178
IV.	Der Präventionszweck der Inhaltskontrolle als entscheidendes Begründungsmuster	181
B.	Der AGB-rechtliche Rechtsfolgenplan	185
I.	Verwirklichung des AGB-rechtlichen Telos	186
1.	Historische Betrachtung des AGB-Rechts	186
2.	Objektiver Zweck der Inhaltskontrolle	188
a)	Das methodische Vorgehen der Inhaltskontrolle	190
b)	Richterliche Vertragsergänzung als Teil des gesetzgeberischen Rechtsfolgenplans	191

Inhalt

	c)	Der Ausgleichsaspekt als im Gesetz angelegte Intention der Inhaltskontrolle	192
	d)	Ablehnung richterlicher Rechtsfolgenkorrektur als Verstoß gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	193
	e)	Objektive Vertragsgerechtigkeit versus Prävention und Transparenz	196
II.		Systematische Bedenken gegen die rechtsprechungsseitig eingeführte Anwendbarkeitsschwelle des § 306 Abs. 3 BGB	204
III.		Richterliche Rechtsfolgenkorrektur im AGB-Recht	206
	1.	Das Verbot geltungserhaltender Reduktion als Definitionsfrage	207
		a) Der Begriff „geltungserhaltende Reduktion“ als Terminologieproblem	207
		b) Das breite Meinungsspektrum zur Zulässigkeit der geltungserhaltenden Reduktion im AGB-Recht	210
		c) Umgang mit der unklaren Definitionslage	213
		d) Unklarheiten im Rahmen des Reduktionsmaßes	214
		e) Geltungserhaltende Reduktion als Ersatzregelbildung durch freie richterliche Vertragskorrektur – ein Legitimationsproblem?	217
		aa) Grenzen richterlicher Rechtsfortbildung	220
		bb) Richterliche Rechtsfortbildung im Bereich von Rückzahlungsklauseln für Fortbildungskosten	223
	2.	Ergänzende Vertragsauslegung im AGB-Recht	225
		a) AGB als einseitig gesetztes Recht mit faktischer Normqualität	226
		b) Ergänzende Vertragsauslegung als objektive Vertragsergänzung	227
		c) Ergänzende Vertragsauslegung als Auslegung im weiteren Sinne	227
		d) Generell-vertragstypische Ersatzregelung als Ergebnis von Vertragsauslegung?	228

Inhalt

e)	Stellungnahme zum Rechtscharakter der ergänzenden Vertragsauslegung standardisierter Verträge	231
3.	Das Verhältnis von ergänzender Vertragsauslegung, geltungserhaltender Reduktion und freier richterlicher Ersatzregelbildung	234
C.	Zwischenfazit	235
Viertes Kapitel: Die Auflösung des Rechtsfolgenproblems im Wege ergänzender Vertragsauslegung		239
A.	Anwendungsvoraussetzungen	239
I.	Fehlen dispositiven Rechts im Falle der Unwirksamkeit einer Rückzahlungsklausel als Teil einer Fortbildungsvereinbarung	241
II.	Keine angemessene Lösung bei ersatzlosem Wegfall der Rückzahlungsklausel	242
B.	Keine bewusst abschließende Regelung	244
C.	Grenzen des Instituts der ergänzenden Vertragsauslegung	248
I.	Zutagetreten des tatsächlichen Willens	248
II.	Mehrere Lückenfüllungsmöglichkeiten	250
1.	Verschiedene Lückenfüllungsmöglichkeiten bei Rückzahlungsklauseln für Fortbildungskosten	252
2.	Parteiautonomie und richterliche Willkür als Hauptargumente	254
3.	Lückenschließung auf Grundlage des Vertrages aber anhand typisierter Interessen	259
D.	Zwischenfazit	260
Fünftes Kapitel: Ergebnisse		263
Literaturverzeichnis		271
Entscheidungsverzeichnis		299